

Axel Troost

Leitlinien für eine linke Wirtschaftspolitik

DIE LINKE wird in der Bevölkerung als die Partei des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der guten Arbeit wahrgenommen. Für diese drei Themen setzen wir uns mit Herz, Verstand und voller Leidenschaft ein. Das Feld der Wirtschaftspolitik hingegen wird in der LINKEN, wie auch in weiten Teilen der gesellschaftlichen Linken insgesamt eher als nüchtern und technisch wahrgenommen und gerne den „FachpolitikerInnen“ überlassen.

Das Schattendasein der Wirtschaftspolitik steht in einem bemerkenswerten Widerspruch zur Geschichte linker Theorie. Spätestens seit der Analyse des Kapitalismus durch Karl Marx ist klar, dass die Wirtschaft und Dominanz über diejenigen, die von Arbeitsplätzen abhängig sind – also die ökonomische Basis –, von entscheidender Bedeutung für die Herrschaftsverhältnisse sind. Politische Ziele können nicht ohne und teilweise nur durch Veränderungen der ökonomischen Basis erreicht werden. Die Basis allen Seins ist die Wertschöpfung. Der politische Verteilungskampf hat seinen Ausgangspunkt in der Ökonomie, alle Sozialpolitik und Umverteilungspolitik basiert darauf. Und wie wir wissen: Die Verteilung der Einkommen aus der Wertschöpfung läuft falsch.

Diesen Stellenwert messen auch andere wichtige zivilgesellschaftliche Akteure (und damit Bündnispartnern) in der gesellschaftlichen Linken (wie z.B. die Gewerkschaften) der Ökonomie bei. Deswegen lohnt es sich immer wieder der Frage nachzugehen, was eine linke Handschrift in der Wirtschaftspolitik ausmacht.

Warum braucht linke Wirtschaftspolitik ein theoretisches Fundament?

Die LINKE muss nicht nur gegen eine Übermacht von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden anrennen, sondern auch gegen die Mehrheitsmeinung der Ökonomen an deutschen Universitäten und Forschungsinstituten. Ohne ein eigenes wirtschaftstheoretisches Fundament, das empirisch abgesichert ist, kann DIE LINKE diese Auseinandersetzung nicht bestreiten, schon gar nicht gewinnen.

Schließlich entsprechen die Erkenntnisse des Denkens in volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhängen leider nicht immer den Meinungen, die sich aus Intuition und Alltagsverstand ableiten lassen. Eine in sich konsistente und praktisch umsetzbare Wirtschaftspolitik erfordert teilweise Maßnahmen, welche auch für Menschen links der Mitte (als Nicht-Ökonomen) nicht unmittelbar naheliegend oder intuitiv einsichtig sind. Nur eine klare theoretische Orientierung schützt hier vor Aktionismus und kurzsichtigen Entscheidungen, die Kräfte rauben und uns auf lange Sicht unglaubwürdig machen.

In vielen Fragen ist die Stoßrichtung für eine linke Wirtschaftspolitik relativ klar und auch für Nicht-Ökonomen einsichtig: Im Interesse sozialer Gerechtigkeit und einer starken Daseinsfürsorge ist eine progressive Besteuerung von Einkommen, Gewinnen und Vermögen sehr gut begründbar. Genauso unstrittig sind unsere verschiedenen Maßnahmen für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten (wie aktuell mit der Kampagne „Das muss drin sein“ der LINKEN). Auch in anderen Feldern, etwa durch die Förderung nicht-gewinnorientierter Formen des Wirtschaftens, sind Alternativen zur gewinngesteuerten Wirtschaft möglich.

Es gibt jedoch genügend Fälle, bei denen Weg und Ziel weniger offensichtlich sind, etwa weil die Zusammenhänge komplex sind oder Zielkonflikte auftreten. Und schon bei relativ einleuchtenden Forderungen wie etwa dem Mindestlohn, für den neben sozialpolitischen auch viele einzel- und gesamtwirtschaftliche Argumente sprechen, ist klar, dass wir nicht nur gegen die politische Übermacht von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden vorgehen müssen, sondern auch gegen die Mehrheitsmeinung der deutschen Ökonomen.

Der Keynesianismus als bewährtes Fundament einer pragmatischen und anschlussfähigen linken Wirtschaftspolitik

Viele Mitglieder oder Sympathisanten der LINKEN haben Auszüge oder die Grundlagenwerke von Marx und Engels gelesen. Ihre historisch-kritische Analyse der kapitalistischen Verhältnisse hat auch heute, über eineinhalb Jahrhunderte später, noch große Aktualität und bietet weiterhin viele anwendbare Erkenntnisse. Aber viele Herausforderungen moderner Ökonomien im 21. Jahrhundert konnte Marx im 19. Jahrhundert natürlich nicht vorhersehen, um hinreichenden Antworten zu liefern. Für konkrete wirtschaftspolitische Handlungsstrategien müssen die Erkenntnisse von Marx daher um jüngere volkswirtschaftliche Analysen erweitert werden.

Die keynesianische Theorie bezieht ihren Namen vom britischen Ökonom John Maynard Keynes, dessen Schaffensperiode in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lag. Er hat ohne den Rückgriff auf die Werttheorie gezeigt, wie einzelwirtschaftliche Gewinnstreben zu gesamtwirtschaftlichen Krisen und damit hoher Arbeitslosigkeit führen kann. Dabei werden die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft. Dieses Erkenntnis hat Keynes aus der Analyse der wirtschaftlichen Depression der 1930er Jahre gewonnen. Er leitete eine neue Wirtschaftstheorie ab, welche Wirtschaftskrisen und Unterbeschäftigung im Gegensatz zu der bisher dominierenden neoklassischen Theorie als systemische Ereignisse erklären konnte, statt sie als systemfremde Ausrutscher zu behandeln. Nach Ende des zweiten Weltkriegs schaffte die keynesianische Wirtschaftspolitik ihren Durchbruch auch in Westdeutschland. Sie hatte Einfluss auf den wirtschaftlichen Aufbau. Vor allem als sich in Westdeutschland Mitte der 1960er Jahre der erste Kriseneinbruch und Arbeitslosigkeit abzeichneten wurde 1967 das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz voll im keynesianischen Kontext durchgesetzt. In dieser Zeit trat der Keynesianismus in den meisten westlichen Ländern nach und nach seinen Siegeszug an. Das Dogma des Monetarismus und Neoliberalismus, das auf die Steuerungsfähigkeit kapitalistischer Märkte setzt, wurde zeitweilig abgelöst. Unter dem Druck der Inflation und getriebenen von ökonomischen Interessen, die auch die ansteigende Massenarbeitslosigkeit instrumentell ausnutzten, setzte sich dann ab Mitte der 1970er Jahren der Neoliberalismus durch. Erst in jüngster Zeit, vor allem nach der Finanzkrise, griffen die Regierungen der meisten OECD-Länder wieder punktuell auf keynesianische Maßnahmen zurück (Konjunkturpakete, etc.), um den Absturz der gewinngetriebenen Wirtschaft zu verhindern.

Leider wird keynesianische Politik bis heute gerne verballhornt als Staatsausgaben auf Pump. In Wirklichkeit ist sie wesentlich vielschichtiger. Es geht vor allem um die systemische Krisenanfälligkeit auch durch einen wachsenden Finanzmarktkapitalismus. Heute gibt die keynesianische Makroökonomie eine Reihe erfolgsversprechender wirt-

schaftspolitischer Maßnahmen an die Hand – von der Ebene der Kommunalfinanzen bis hin zu Fragen der Weltwirtschaftsordnung.

Seit Mitte der 1970er Jahre gibt es in der gesellschaftlichen deutschen Linken eine keynesianische Strömung, zu der ich mich zusammen mit der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ zähle. Dieser 1975 gegründete Zusammenschluss von Links-Keynesianern und Marxisten war besonders auf die progressiven Teile der Gewerkschaften orientiert. Dort fehlte es zu dieser Zeit an makroökonomischen Erkenntnissen und einer entsprechenden Programmatik. Seitdem wurden die Konzepte weiterentwickelt und gefestigt. Mit dem entsprechenden wirtschaftspolitischen Profil und der dazugehörigen Diskussionserfahrung habe ich 2004 die WASG mitbegründet, wurde 2005 in den Bundestag und später auch in den Parteivorstand gewählt. Hier glaube ich – mit vielen anderen – ein in sich konsistentes wirtschafts-, finanz-, sozial-, arbeits- und umweltpolitisches Forderungsbündel zu vertreten, das DIE LINKE anschlussfähig an die Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Umwelt- und Sozialverbände etc. macht und auch eine Brücke zu marxistischen Positionen baut und hält.

Keynes Erkenntnis: Märkte sind instabil und erreichte von alleine oft keine optimalen Ergebnisse, deshalb brauchen wir gezielte Staatseingriffe

Die ältere neoklassische Ökonomie ging (und geht bis heute) von einem einzigen, quasi natürlichen Marktgleichgewicht aus. Dieses stelle sich automatisch ein durch die rationalen, nutzenmaximierenden Individuen im Zusammenspiel mit der unsichtbaren Hand des Marktes. Voraussetzung ist, dass sich der Staat nicht einmischt. Dann würden auch außergewöhnliche Ereignisse wie Krisen oder Naturkatastrophen („externe Schocks“) selbständig heilen, weil sogleich die Marktkräfte wieder in Richtung stabiles Gleichgewicht streben würden. Dagegen betonte Keynes die systembedingte Instabilität von gewinngetriebenen Märkten: Diese Krisenhaftigkeit ergibt sich auch aus der Unsicherheit bezüglich zukünftiger Entwicklungen im Zusammenspiel mit dem oft irrationalen Herdenverhalten der Menschen. Im System ist die Entwicklung zum Kasinokapitalismus zulasten der Realwirtschaft angelegt.

Die Neoklassik geht davon aus, dass die Ergebnisse eines unregulierten Marktes in jedem Fall optimal seien: Auf dem Arbeitsmarkt, der wie ein Kartoffelmarkt behandelt wird, ergäbe sich ein „markträumendes“ Lohnniveau. Dabei können die Gleichgewichtslöhne durchaus unter dem Niveau der Existenzsicherung zu liegen kommen. Deshalb gehöre ein „natürliches“ Ausmaß an Arbeitslosigkeit dazu. Mit diesem Ergebnis der Marktökonomie müsse man einfach leben. Die keynesianische Theorie entgegnet, dass selbst bei staatlich stabilisierten Märkten mehrere potentielle Gleichgewichtszustände eintreten können (z.B. einer mit niedriger und einer mit hoher Arbeitslosigkeit). Es gibt somit keinen eindeutigen „Naturzustand“ des Marktes, sondern es ist an der Gesellschaft zu entscheiden, welches dieser Marktgleichgewichte wünschenswert ist. Maßgeblich ist die Stärkung der effektiven Nachfrage, die sich unter dem Regime des Gewinnkalküls unzureichend entwickelt. Durch regulatorische Rahmensetzungen und politische Interventionen (z.B. über Beschäftigungs- oder Investitionsprogramme) ist der Staat gefordert.

Im Folgenden soll beispielhaft aufgezeigt werden, welche positive Orientierung durch Keynesianismus beim Streit um eine zeitgemäße, linke Wirtschaftspolitik zu finden ist.

Beispiele für keynesianische Analysen und Schlussfolgerungen

Der Mehrwert des Keynesianismus liegt vor allem in der Betrachtung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge (Makroökonomie). Gezeigt wird dass der Alltagsverstand oder eine einzelwirtschaftliche Herangehensweise oft auf die falsche Fährte führen. Gerade die Staatsschuldendebatte ist die derzeit wohl bedeutendste Schlacht zwischen vermeintlicher Alltagsvernunft und ökonomischer Sachkenntnis. Hierzu einige aus der Theorie abgeleitete Argumente:

- *Kreditaufnahme für öffentliche Investitionen erhöht die Produktivität und damit das Steueraufkommen:* Zwar scheint gefühlsmäßig die Daumenregel zutreffend, dass man (auch als Staat) nicht mehr ausgeben sollte, als man einnimmt. Aber der Staat ist kein schwäbischer Haushalt, dessen Ausgaben durch seine Einnahmen begrenzt werden. Hier verhält es sich wie bei Unternehmen, die über Kredite Investitionen finanzieren, welche ihre Produktivität erhöhen und damit zukünftig höhere Gewinne ermöglichen. Der Staat muss also *erst* mehr ausgeben (Investitionen in öffentliche Infrastruktur), damit er *danach* mehr einnehmen kann (höhere Steuereinnahmen durch Wirtschaftswachstum). Ein Haushaltsdefizit (mehr Ausgabe als Einnahmen) ist also finanziell völlig unproblematisch, solange dadurch die Gesamtwirtschaft (und damit auch die Steuereinnahmen und der Staatshaushalt) schneller wachsen als die Schulden. Gerade in der heutigen Situation großer Investitionsrückstände und niedriger Zinsen sind gut eingesetzte öffentliche Mittel extrem profitabel für Staat und Gesellschaft.
- *Kreditfinanzierung von öffentlichen Investitionen ist auch generationengerecht:* Staatsschulden sind und bleiben ein wichtiges Instrument, um die Kosten langfristiger Investitionen über einen längeren Zeitraum zu strecken oder kurzfristig viel Geld für Krisenmaßnahmen zu mobilisieren. Daher ist es kurzfristig und falsch, in Staatsschulden pauschal *nur* eine unterlassene Reichenbesteuerung oder eine *einseitige* Belastung kommender Generationen zu sehen: Selbst bei sprudelnden Steuereinnahmen kann es höchst sinnvoll sein, als Staat Schulden zu machen, um damit öffentliche Infrastruktur für die nächste Generation zu schaffen oder zu erhalten. Entscheidend ist, dass die kommenden Generationen von den heutigen Staatsausgaben – z.B. als Investitionen in Umweltschutz und Bildung – profitieren. Insoweit können diese auch an der künftigen Finanzierung der Kreditkosten beteiligt werden.
- *Öffentliche Schulden sind eine wichtige Voraussetzung für sicheres privates Sparen:* Wir wollen, dass Menschen einfach und sicher Geld sparen können, ohne auf windige Banken und komplexe Finanzinstrumente angewiesen zu sein und riskieren zu müssen, in Finanzkrisen alles zu verlieren. Was liegt da näher, als es den Menschen zu ermöglichen, ihrem demokratischen Gemeinwesen – also der öffentlichen Hand – Geld zu leihen, z.B. für öffentliche Investitionen? Auch von Banken wünschen wir uns, dass sie das Geld ihrer Kunden sicher und möglichst im Interesse des Gemeinwesens anlegen und folglich einen relevanten Teil ihrer Anlagen in ausfallsichere Staatsanleihen stecken. Für privates, risikoarmes Sparen sind Staatsanleihen ohne Alternative. Genau deshalb ist es kontraproduktiv, Staatsschulden grundsätzlich zu dämonisieren und ihren radikalen Abbau zu fordern. Wer „gute“ Ersparnisse will, der muss auch „gute“ Schuldner wollen – und der Staat ist zumeist ein besonders vorbildlicher Schuldner. Schließlich hat der Staat auch die Aufgabe, einen Teil

der überschüssigen Ersparnisse abzuschöpfen und der Wirtschaft per Binnennachfrage zuzuführen.

- *Aus keynesianischer Sicht sind die Schuldenbremse und die „Schwarze Null“* folglich eine fatale Selbstbeschneidung staatlicher Handlungsfähigkeit. Die Schuldenbremse im Grundgesetz lässt dem Bund nur noch rudimentäre Spielräume für Neuverschuldung, und zwar in Höhe von 0,35% der jährlichen Wertschöpfung. Das Ziel der „Schwarzen Null“ geht sogar noch weiter und bedeutet die Vermeidung jeglicher Neuverschuldung. Diese Politik geht vor allem zulasten der ärmeren Bevölkerungsschichten und kommender Generationen: Während allerorten zu Recht über die verfallende Infrastruktur und gekürzte Daseinsvorsorge geklagt wird, könnte sich der Staat gegenwärtig nahezu kostenfrei (zu Zinsen von fast Null) verschulden. Trotzdem unterbleiben im volkswirtschaftlichen Sinne rentierliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung aus ideologischen Gründen. Diese Unterlassung trifft vor allem den Bevölkerungsanteil, welcher besonders auf eine gute öffentliche Infrastruktur und Daseinsfürsorge angewiesen ist.

Trotz allem ist die Schuldenbremse inzwischen in der *Verfassung und kann nur mit einer Zweidrittelmehrheit* im Bundestag wieder abgeschafft werden. Bereits die *Übergangszeiträume (auf Bundesebene bis 2016 und auf Länderebene bis 2020)* verengen den Spielraum drastisch. Linke Mandatsträger in Ländern und Kommunen spüren das tagtäglich. Es hilft ihnen nichts, wenn von Seiten der LINKEN nur auf unsere Forderung nach Abschaffung der Schuldenbremse oder die Umsetzung unseres Steuerkonzepts verwiesen wird, denn sie müssen mit den politisch gemachten Sachzwängen der Schuldenbremse hier und heute umgehen. Deswegen müssen wir zweigleisig fahren: Einerseits muss die Schuldenbremse selbst weiterhin hart kritisiert werden, andererseits müssen im Rahmen der Schuldenbremse praktische Handlungsalternativen für Kommunen, Länder und Bund entwickelt und durchgesetzt werden.

Beispiele für keynesianische Krisenanalyse und Stabilisierungsmaßnahmen

Die keynesianische Theorie leistet nicht nur generelle wirtschaftspolitische Empfehlungen, sondern gibt auch wichtige Orientierung in und gegen Wirtschaftskrisen:

- *Die Bankenrettung war nötig, der „Blankoscheck“ aber unverantwortlich:* 1929 löste ein Börsencrash den weltweiten Kollaps des Finanzsystems aus, der in eine *langanhaltende* Depression mit Massenarbeitslosigkeit mündete und damit einen wichtigen Nährboden für den Faschismus und den Zweiten Weltkrieg geschaffen hat. Aus diesem Versagen zog Keynes die Lehre, die wirtschaftliche Abwärtsspirale durch gezielte Staatseingriffe (heute sind das Bankenrettung und Konjunkturprogramme) zu durchbrechen. Aus dieser Erfahrung heraus war es auch 2009 leider unvermeidbar, solche Banken zu retten, deren Kollaps andere Teile des Finanzsystems und am Ende das gesamte System in den Abgrund gerissen hätten – auch wenn dafür der Steuerzahler in die (bei Bürgschaften: potentielle) Haftung genommen wurde. Nicht das „ob“, sondern das „wie“ der Banken-Rettung ist zu kritisieren. Vor allem hätte die Rettung mit einer Verstaatlichung der Banken und entsprechender Einflussnahme auf ihre Geschäftspolitik einhergehen müssen. Die exzessive Spekulation und die astronomischen Gewinne und Gehälter im Bankensektor haben Bankenrettungen natürlich unpopulär gemacht. Doch diese grund-

legenden Probleme hätte man längst vor der Krise und unabhängig davon angehen müssen. Banken erst unreguliert zu lassen und dann dadurch zu „bestrafen“, dass man sie pleitegehen lässt, entspricht der Tradition der Neoliberalen, die die „disziplinierende Funktion des Marktes“ besonders hochhalten und dafür bereit sind, sich selbst verstärkende Krisendynamiken und die dazugehörige Verarmung breiter Bevölkerungsschichten in Kauf zu nehmen.

- *In einer Krise müssen Konjunkturprogramme eine Rezession abwenden, denn Zurückhaltung bei den Ausgaben führen in Krisenzeiten zu noch weniger Einkommen:* Was auch während der aktuellen Krise in Europa für einzelne Menschen oder Unternehmen rational ist, wirkt sich für die Gesamtwirtschaft fatal aus: Wenn alle sparen, können die Unternehmen weniger Güter absetzen. Das auf dem Sparbuch gesparte Einkommen findet nicht mehr den Weg in Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, wenn nicht jemand anders im Umfang des gesparten Einkommens bei der Bank einen Kredit aufnimmt. Dann verlieren Menschen ihre Anstellung, können von weniger Einkommen noch weniger kaufen. Am Ende entlassen die Unternehmen weitere Menschen. Die einzelwirtschaftliche Gewinnrationalität kann also eine Spirale des allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs auslösen. Wer Sparer will, muss also auch Schuldner wollen, die das geliehene Geld gut investieren. Deshalb ist es auch im Interesse der Allgemeinheit, wenn der Staat in einer Krise die Ausgaben erhöht, um die wegbrechende private Nachfrage auszugleichen und damit die Konjunktur zu stabilisieren. Da die entsprechenden Mittel in einer Krise sofort benötigt werden, aber die private Nachfrage nicht durch höhere Steuern gedrückt werden soll, müssen diese zusätzlichen Staatsausgaben kreditfinanziert sein. *Nach* der Krise kann die zusätzliche Verschuldung aus höheren Steuern bedient und zurückgeführt werden.

Dies ist auch die Hauptkritik an den Euro-„Rettungs“-Programmen, die nur unter strikten Spar- und Privatisierungsaufgaben bewilligt wurden. Diese Auflagen einer neoliberalen und repressiven Strategie haben großes Leid über weite Teile der Bevölkerung der Krisenstaaten gebracht und den Wirtschaftseinbruch zusätzlich vergrößert. Die Krise wurde verschärft und verlängert, eine Trendwende ist nicht zu erkennen. Ebenfalls ungelöst blieb das für die Krise mit ursächliche Problem der zunehmend auseinanderdriftenden Produktivitäten und Vermögensverhältnisse innerhalb und zwischen den Ländern.

- *Staatspleiten und Schuldenschnitte nur als letztes Mittel:* Um Verwerfungen durch Staatspleiten zu verhindern, war es in den letzten Jahren grundsätzlich richtig, Rettungsschirme für andere Eurostaaten aufzuspannen. Das gilt auch, wenn dadurch letztlich deutsche und andere Banken mit gerettet wurden. Unkontrollierte Staatspleiten oder Schuldenschnitte hätten – gerade wegen der Zusammenhänge in der Währungsunion – unkalkulierbare Dominoeffekte zur Folge gehabt und dem ohnehin schon fragilen Finanzsystem vielleicht den Rest gegeben. Mindestens aber hätten Pleiten europaweit die staatlichen Finanzierungskosten dramatisch erhöht, welche ja nicht nur von der Neuverschuldung, sondern auch von der Umschuldung auslaufender Kredite bestimmt werden. Wenn ein Staat die Hälfte seiner Schulden nicht mehr bedient, für die verbliebene Hälfte aber aufgrund der gestiegenen Zinssätze das Dreifache zahlen muss, ist nichts gewonnen. Zwar kann es in extremen Einzelfällen unumgänglich werden, eine staatliche Überschuldung durch einen Schuldenschnitt

zu überwinden. Aber ein solcher Zahlungsausfall ist kein positives und beliebig einsetzbares Instrument, sondern muss stets der letzte Ausweg bleiben.

- *Der Eurorettungsschirm musste die Staatsfinanzierung von den privaten Kapitalmärkten abschirmen*, um die staatliche Abhängigkeit von privaten Kapitalbesitzern und deren Drohpotenzial (Rating-Agenturen) zu mindern. Doch welche Instrumente hätten dafür eingesetzt werden müssen oder sollten zukünftig genutzt werden? Weil die Banken immer noch angeschlagen sind, wird vermehrt über die Notenbank als eine Alternative zum Kapitalmarkt diskutiert. Sie soll den Staat direkt mit Krediten versorgen. In eingeschränktem Maße ist das sicher möglich und sinnvoll. Jedoch sind angesichts des großen Finanzierungsbedarfs der Staaten dieser Strategie Grenzen gesetzt. In der Euro-Zone kommt noch die bislang offene Frage dazu, welcher Staat in welchem Umfang Zugang zur Finanzierung durch die gemeinsame Zentralbank EZB bekommen sollte (alle proportional gleichmäßig nach Bevölkerungsanteilen oder entsprechend der Anteile am EZB-Kapital oder nur die Krisenländer etc.) Staaten werden daher auch zukünftig – selbst neben einer ggf. anteiligen Notenbankfinanzierung – weiterhin auf private Gläubiger angewiesen sein (etwa in Form gemeinsamer Euro-Anleihen). Dies ist auch nichts Anrüchiges, wie weiter oben beschrieben wurde.
- *Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank ist begründet*. Sie wendet sich gegen die Gefahr einer Deflation, die am Ende dauerhaft und massenhaft Arbeitsplätze kostet. Angesichts von Zinsen nahe Null wird von der bewussten „Enteignung der SparerInnen“ schwadroniert. Das können nur diejenigen behaupten, die die gesamtwirtschaftliche Funktion dieser expansiven Geldpolitik, also der niedrigen Leitzinsen, nicht verstanden haben. Zunächst sollte man sich fragen, warum es überhaupt einen Anspruch auf Zinsen, also ein „leistungsloses Einkommen“, geben soll. Abgesehen davon ist aus Sicht der SparerInnen ohnehin nicht der ausgewiesene Zins entscheidend, sondern der Realzins (Nominalzinsen auf Sparguthaben minus Inflationsrate). Dieser war bereits während der letzten 50 Jahre oft negativ, nur ist das früher – bei höheren Nominalzinsen und höherer Inflation – nicht so aufgefallen. Im Gegenteil sorgt die hartnäckig extrem niedrige Inflation heute dafür, dass das gesparte Geld seine Kaufkraft behält.
Schließlich bleibt daran zu erinnern, dass höhere Zinsen Gift wären für die ohnehin schon schwache Konjunktur, was wiederum langfristig auf die Bevölkerung zurückfallen würde. Grund der aktuell niedrigen Zinsen ist vor allem die Wachstums- und Investitionsschwäche im Euroraum, und gegen diese Schwächen muss die EZB zu Recht gegensteuern, auch mit unorthodoxen Methoden wie dem Ankauf von Staatsanleihen. Angesichts dieser Umstände lässt sich wenig Verwerfliches an der gegenwärtigen Niedrigzinspolitik finden, auch wenn im Detail Kritik berechtigt sein mag.
Allerdings hat diese expansive Geldpolitik ihre Grenzen erreicht. Billiges Geld kommt über die Geschäftsbanken in nur sehr geringem Ausmaß bei den investierenden Unternehmen an. Der Grund sind die fehlenden Ertragserwartungen, die maßgeblich das Investitionskalkül bestimmen. Deshalb muss endlich eine aktive Finanzpolitik in der EU und in Deutschland die Falle, in der sich die Geldpolitik der EZB bewegt, durchbrechen (zu den Maßnahmen siehe oben).

Auch wenn viele Rettungs- und Stabilisierungsmaßnahmen in der Art ihrer Umsetzung zu hinterfragen oder zu kritisieren sind. Diese Defizite sind nicht dem Keynesianismus anzulasten. Nur die Umsetzung einer keynesianischen Krisenpolitik hat es ermöglicht, in weiten Teilen Europas einen wirtschaftlichen Zusammenbruch und eine noch gravierendere Verelendung der Bevölkerung abzuwenden, die uns durch die große Finanzkrise drohte. Gerade in den Ländern, in denen ein keynesianisches Gegensteuern unterblieb oder sogar mit aufgezwungener Austeritätspolitik reagiert wurde (wie eben vor allem in Griechenland), wird uns die Alternative in Form einer wirtschaftlichen und humanitären Katastrophe vor Augen geführt.

Fazit

Die hier skizzierte Analyse aus dem Blickwinkel der keynesianischen Makroökonomik mit den abgeleiteten Politikvorschlägen sind Bestandteil der LINKEN Programmatik. Sie stehen für eine kohärente, glaubwürdige und pragmatische linke Wirtschaftspolitik. Insgesamt stellen sie eine radikale Kritik an den bestehenden Verhältnissen und der heutigen Politik der Bundesregierung und internationaler Organisationen, insbesondere der Europäischen Union, dar. Im konkreten Alltag der Politik sind die Vorschläge dazu geeignet, realistische und damit machbare Handlungsoptionen für die Politik zu ermöglichen. Diese können von potenziellen Bündnispartnern nicht ohne weiteres abgelehnt werden. Das macht die keynesianische Programmatik über die Partei hinaus für linke Diskurse und Aktivitäten anschlussfähig. Linke GewerkschafterInnen und kritische WissenschaftlerInnen sowie linke SozialdemokratInnen und Grüne könnten in dieser makroökonomischen Politik eine gemeinsame Basis finden. Links-keynesianische Wirtschaftspolitik sollte nicht als allein selig machender Weg missverstanden werden. Eine Politik links der Mitte kann es sich aber nicht leisten, auf sie zu verzichten.